

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2024/behoerden-stellen-hunderttausende-reisepaesse-an-asylbewerber-aus/> 18.3.2024

Behörden stellen hunderttausende Reisepässe an Asylbewerber aus BERLIN. Die Behörden in Deutschland haben in den vergangenen Jahren hunderttausende Reisepässe an Asylbewerber und anerkannte Asylsuchende ausgegeben. Seit 2010 wurden laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des [AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brander](#) mehr als 770.000 entsprechende Dokumente an Ausländer mit Asylhintergrund ausgegeben.

Die Zahlen stiegen dabei seit 2015 sprunghaft an. Wurden im Jahr der Grenzöffnung noch 5.578 Reisepässe an Asylsuchende ausgegeben, waren es 2022 bereits rund 260.000. Im vergangenen Jahr sankt die Zahl leicht auf 216.000. Zwischen 2015 und 2023 stieg die Zahl der ausgestellten Reisedokumente damit um mehr als 3.700 Prozent. Die meisten Pässe wurden dabei an Syrer (360.000), Iraker (105.000), Afghanen (68.000) Eritreer (50.000) und Iraner (41.000) ausgegeben.

-Tabelle -

Scharfe Kritik der AfD an Vergabe von Reisepässen

Die Bundesregierung schränkt in ihrer Antwort an den AfD-Abgeordneten allerdings ein, daß „nur ein Reiseausweis pro Person gespeichert werde. „Die Daten bilden daher nicht die Zahl aller im erfragten Zeitraum ausgestellten Dokumente ab.“ Derzeit besitzen Asylsuchende und anerkannte Asylbewerber fast 630.000 gültige Reisepässe.

<https://www.srf.ch/news/schweiz/rechtsextremer-redner-martin-sellner-aus-dem-kanton-aargau-weggewiesen> 18.3.2024

Martin Sellner aus dem Kanton Aargau weggewiesen

Martin Sellner gilt als einflussreicher Vordenker der rechtsextremen «Identitären Bewegung».

Der Österreicher ist für eine Veranstaltung in die Schweiz gereist. In Tegerfelden (AG) ist darum die Kantonspolizei eingeschritten.

Sie hat den umstrittenen Redner angehalten, einen längeren Auftritt verhindert und ihn aus dem Kanton weggewiesen.

Wie die Kantonspolizei Aargau gegenüber SRF bestätigt, wurden die Personalien Sellners aufgenommen und eine Wegweisung ausgesprochen – zur Gewährung der öffentlichen Sicherheit. Gleichzeitig konnte eine Anreise von politischen Gegnern durch die Polizei verhindert werden. Gemäss einer Mediensprecherin hatte der Inhaber des Veranstaltungsortes den Organisatoren im Verlauf des Samstags eine Nutzung untersagt. Dieser Aufforderung wurde nicht Folge geleistet. Daraufhin kontaktierte der Mann die Kantonspolizei. Die Veranstaltung wurde nach wenigen Minuten aufgelöst. Beim Einsatz wurde niemand verletzt.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sellner-einreiseverbot-deutschland-100.html> 19.3.2024

Sellner darf nicht mehr nach Deutschland einreisen

Gegen den rechtsextremen Vordenker Sellner ist ein bundesweites Einreiseverbot erlassen worden - auf Betreiben der Stadt Potsdam. Dort hatte sich der Österreicher im November in einer Villa mit anderen Rechtsextremen getroffen.

Die Stadt Potsdam hat ein bundesweites Einreiseverbot gegen den österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner erwirkt. Es sei ein Bescheid "zur Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechts in der Bundesrepublik Deutschland an einen EU-Bürger" versandt worden, sagte eine Stadtsprecherin mehreren Nachrichtenagenturen.

Zum Namen des Betroffenen wollte sich die Sprecherin nicht äussern. Er sei jedoch vor der Entscheidung angehört worden, sagte sie. Sellner selbst sprach im Online-Netzwerk X über den Vorgang und präsentierte einen entsprechenden Brief der Stadt Potsdam. Zuerst hatte die "Süddeutsche Zeitung" über das Einreiseverbot gegen ihn berichtet.

<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/daenemark-will-militaerdienst-auf-frauen-ausweiten/> 13.3.2024

Dänemark will Militärdienst auf Frauen ausweiten

Dänemark arbeitet derzeit an einem Gesetzesentwurf, um die allgemeine Wehrpflicht auch auf Frauen auszuweiten. Dies ist Teil eines Plans zur

Stärkung der dänischen Verteidigung, wie die Ministerpräsidentin Mette Frederiksen am Mittwoch (13. März) mitteilte.

Derzeit können Frauen in Dänemark den Streitkräften freiwillig beitreten, unterliegen aber nicht der Wehrpflicht.

„Sein Land zu schützen, ist eine der ehrenhaftesten Aufgaben, die man haben kann. Deshalb schlägt die Regierung heute vor, die Wehrpflicht auszuweiten, die Verantwortung größer und die Aufgaben zahlreicher zu machen“, erklärte Frederiksen vor Reportern in Kopenhagen.

„Wir schlagen eine vollständige Gleichbehandlung der Geschlechter vor“, fügte sie hinzu.

Derzeit sind alle dänischen Männer verpflichtet, nach ihrem 18.

Geburtstag an einem „Verteidigungstag“ teilzunehmen. Dabei handelt es sich um eine Pflichtübung, bei der sie sich einer Reihe von Tests unterziehen, um festzustellen, ob sie für den Militärdienst geeignet sind.

.....

https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/buntes-kurioses/id_100368328/schlumpf-in-ribnitz-damgarten-mutter-kennt-wahren-grund-fuer-polizeibesuch.html 20.3.2024

Mutter äußert sich: "Dann hätten wir anders reagiert"

Von [Lars Wienand](#)

Große Aufregung um den Polizeibesuch bei einer Schülerin wegen ihrer TikTok-Postings. Die Mutter muss jetzt feststellen, dass es einen ernstesten Grund dafür gab.

Den Schlümpfen reicht es – sie wollen nicht für politische Botschaften stehen: Der belgische Rechteinhaber wird offenbar gegen

Rechtsverletzungen vorgehen, [die es nach einem Vorfall an einem Gymnasium in Ribnitz-Damgarten zuhauf gibt](#). Jetzt ist auch klar, dass die Schlümpfe überhaupt nichts dafür können, dass der Schulleiter die Polizei rief und eine Schülerin von drei Beamten flankiert durchs Schulgebäude geführt wurde.

Annett B., Mutter der 16-jährigen Loretta, hat eines der kleinen blauen Wesen bislang in ihrem Account in einem Profil in einem sozialen Netzwerk

und wird ihn herauswerfen. "Der Schlumpf ist unschuldig", sagt sie t-online. In der Öffentlichkeit ging es seit Tagen darum, dass ein Video mit Schlümpfen und Sympathie für die [AfD](#) Auslöser für den Polizeibesuch war. "Wir haben das bislang fest geglaubt", sagt die Mutter. Sie beklagt, dass die Familie jetzt als Lügner dastehe, weil das Vorgehen rund um den unangekündigten Polizeibesuch in der Schule so fragwürdig gewesen sei. Mutter kennt Screenshots seit Dienstag

Weil die Familie Angst hat, dass sie wegen des Wirbels vielleicht Anwälte einschalten oder sogar umziehen muss, hat ein Freund eine Spendenaktion für sie eingerichtet. Auch die ist mit Schlumpfbild illustriert. "Ich lasse das austauschen", erklärt die Mutter t-online. "Es war nicht meine Idee, und ich sehe das auch etwas kritisch. Wenn wir das Geld hoffentlich nicht benötigen, wird es an eine gemeinnützige Organisation fließen."

Annett B. kennt seit Dienstag Screenshots aus dem Account, die der Auslöser für den Verdacht möglicher Bezüge ihrer Tochter zur Neonazi-Szene waren. "Davon wusste ich nichts", sagt sie. "Und so ist Loretta nicht, sie wollte provozieren."

Sie sagt: Ihre Tochter sei auch im Glauben gewesen, dass es um Schlümpfe und einen Beitrag mit Bezug zur Heimat in ihrem früheren gelöschten Account gegangen sei. Annett B. erklärt aber auch, sie könne nun "besser verstehen, dass man sich Gedanken gemacht hat. Aber wenn das ordentlich gelaufen wäre von Schule und Polizei, dann hätten wir auch gewusst, um was es geht und anders reagiert." Sie seien in ein offenes Messer gerannt.

Die Mutter hatte sich an die AfD-nahe "Junge Freiheit" gewandt und mit der Schilderung die Welle losgetreten, die sie selbst nicht kontrollieren kann. "Ich wollte, dass Konsequenzen gezogen werden und sich so etwas nicht wiederholt." Aus ihrer Sicht sei bei den Gesamtumständen mit geordneten Familienverhältnissen und keinen Auffälligkeiten in der Schule das Vorgehen völlig überzogen.

Zudem war die Rede vom Schlumpf-Video Auslöser dafür, dass der Rektor die Schülerin aus dem laufenden Unterricht drei vor der offenen Tür stehenden Polizisten holte. "Die Polizisten haben Loretta dann bei dem Gespräch gefragt, ob sie sich denken kann, um was es geht." Loretta habe das Schlumpfvideo genannt, "die Polizisten haben ihr nicht widersprochen".

Codes der Neonazi-Szene Teil der Postings

Dieses Video sei auch Monate nach dem Posten noch so präsent gewesen, weil Loretta vorher bei ihr nachgefragt habe, ob sie es abschicken könne. "Als sie dann an dem Tag von der Schule heimkam, hat sie sich zuerst entschuldigt, dass sie wegen der Schlümpfe Ärger hat. Wir sind alle davon ausgegangen, dass das der Grund ist." Sie habe deshalb auch die Polizisten nicht gezielt gefragt, als diese sich am selben Tag noch meldeten. B.s Schilderung widerspricht klar der Darstellung der Polizei in einer Pressemitteilung, wonach der "Einsatzanlass umfassend dargelegt" wurde.

Tatsächlich hatte der Hinweis an die Schulleitung einen anderen Inhalt: Screenshots von Accounts der Schülerin zeigen Postings mit Botschaften, die als Codes der Neonazi-Szene genutzt werden – aber in weiten Teilen auch völlig harmlos sind und falsch interpretiert werden. Strafbar sind auch sie nicht. Neben der Frage, wie überzogen es war, dass der Direktor nach den Postings von Anfang und Mitte Februar am 27. Februar die Schülerin aus dem Unterricht holte, liefert auch das Stoff für Diskussion: Wann ist etwas alarmierend?

Am deutlichsten wird das an einem Kleidungsstück: Die Jugendliche im Posting trägt ein Oberteil mit dem Schriftzug "HH" – wie die Anfangsbuchstaben der Hitler-Grußformel. Nur: Es sind die Anfangsbuchstaben von "Helly Hansen", einer sehr beliebten Kleidungsmarke, die mit ihrem Marketing gegen Vereinnahmung von Rechtsextremisten kämpft*. In einer ersten Berichterstattung der "Welt" stand aber nur, dass auf die Jacke "HH" gestickt sei. Die "Welt" hatte nur

eine Beschreibung der Screenshots vorliegen, nicht aber die Bilder selbst.

....

Dazu trug auch der Spruch im Profil "heimat freiheit tradition, multikulti endstation" bei: Er wird als Ruf von der "Identitären Bewegung" sowie dem Nachwuchs der früheren NPD genutzt, aber auch von der Jungen Alternative. Eine mit Screenshots dokumentierte Bilderfolge im Profil führt sogar zum "III. Weg". "Deutsche Jugend voran" ist sehr eng mit dieser Neonazi-Kleinstpartei verbunden und wird von einem Neonazi-Versand als Aufkleber vertrieben. Wer weiß das? "Ich kannte nicht mal den III. Weg", sagt Annett B. Den Zahlencode 1161 für "Anti-Antifa" auch nicht.